(3) Die Kalkulation der Abgabepreise für den Handel hat entsprechend den Festlegungen der Handelsspannen in den jeweiligen Preisanordnungen zu erfolgen.

§13

Gemeinkosten

(Zu § 24 der zentralen Kalkulationsrichtlinie)

(1) Die Neubestätigung der betrieblichen Zuschlagssätze für Gemeinkosten im Zusammenhang mit der Veränderung der Bezugsbasis gemäß Anlage 2 nehmen die wirtschaftsleitenden Organe bis zum 31. März 1969 auf der Grundlage des Beschlusses vom 24. August 1967 über die Grundsätze für die differenzierte Erfassung, Normierung und Berücksichtigung der Gemeinkosten bei der Planung und Preisbildung in den volkseigenen Betrieben — Auszug — (GBI. II S. 661) vor. Bei der Neugliederung der Gemeinkosten ist besonders zwischen den technologischen und Leitungsgemeinkosten zu unterscheiden. Die oben genannten betrieblichen Zuschlagssätze sind nach Kostenstellen zu gliedern, sofern der ökonomische Nutzen in einem realen Verhältnis zum Aufwand steht. Bei volkseigenen Kombinat- oder

Betrieben mit einzelnen Werken sind einheitliche Zuschlagssätze für gleiche Kostenstellen zu bilden. Für Betriebsteile mit nicht vergleichbarer Produktion sind gesonderte Zuschlagssätze festzulegen. Diese gesonderten Zuschlagssätze sind auch für Hilfs- und Nebenleistungen, die für Dritte ausgeführt werden, zu bilden.

(2) Die Neubestätigung gemäß Abs. 1 erfolgt auf der Basis der Ist-Kosten per 31. Dezember 1968. Die im Plan 1968 festgelegten Gemeinkosten dürfen nicht überschritten werden. Liegen für bestimmte Gemeinkostenbestandteile Normative vor, so gelten diese als Höchstsätze.

(3) Die bestätigten normativen Kalkulationselemente gemäß Abs. 1 sind von den wirtschaftsleitenden Organen ihren zugeordneten Betrieben so zeitig bekanntzugeben, daß die Betriebe diese Kalkulationselemente ab 1. April 1969 bei der eigenverantwortlichen Bildung der Industriepreise bzw. deren Beantragung beim Preisorgan zur Anwendung bringen können.

(4) Die Betriebe sind verpflichtet, bei der erstmaligen Einreichung von Preisansuchen beim jeweiligen Preisorgan nach der Neubestätigung betrieblicher Zuschlagssätze für Gemeinkosten unaufgefordert eine Abschrift, Fotokopie o. ä. dieser Bestätigung beizufügen.

(5) Bis zur Neubestätigung der betrieblichen Zuschlagssätze gemäß Abs. 1 bzw. 6 sind die dem Betrieb gegenwärtig bestätigten Zuschlagssätze für diese Kalkulationselemente weiterhin anzuwenden.⁶

(6) f Zur besseren Einflußnahme auf die Senkung der Gemeinkosten überprüfen die wirtschaftsleitenden Organe jährlich per 31. Dezember im Zusammenhang mit der Auswertung der ständigen Preisanalyse die festgelegten betrieblichen Zuschlagssätze und Normative für Gemeinkosten. Dabei sind internationale Kennziffern und Kosten, die den Weltstand bestimmen, heranzuziehen. Die Termine der planmäßigen Überarbeitung und Neufestsetzung der Zuschlagssätze und Normative werden im Zusammenhang mit der Neubestätigung der Kalkulationselemente für Gemeinkosten gemäß Abs. 1 festgelegt.

(7) Die wirtschaftsleitenden Organe können festlegen, daß jeweils die geplanten Gemeinkosten als betriebliche Zuschlagssätze Verwendung finden, wenn die Grundsätze der Preisbildung sowie die Festlegungen im Abs. 1 dabei eingehalten werden. Bei Anwendung dieser Regelung entfällt die Neubestätigung der betrieblichen Zuschlagssätze gemäß Abs. 1.

§14

Nachkalkulation

(Zu § 29 der zentralen Kalkulationsrichtlinie)

(1) Die Betriebe gemäß § 2 Abs. 1 stellen für strukturbestimmende Erzeugnisse sowie Haupterzeugnisse, die von den Generaldirektoren der WB für die jeweiligen Erzeugnisgruppen festzulegen sind, Nachkalkulationen auf folgenden Grundlagen auf:

— Plankosten

— Ist-Kosten

— Ist-Kosten unter Beachtung bestätigter Kalkulationselemente, wie z. B. Gemeinkosten, Forschungs- und Entwicklungskosten, Ausschuß, Nacharbeit und Garantieverpflichtungen.

(2) Für alle übrigen Erzeugnisse bzw. Leistungen ist eine Nachkalkulation auf der Basis der Ist-Kosten ausreichend.

(3) Für nachstehende Erzeugnisse bzw. Leistungen entfällt die Verpflichtung zur Aufstellung von Nachkalkulationen:

— Ersatzteile zur Instandhaltung von Finalerzeugnissen

— Sonder- und Einzelfertigung

— Tropenschutz- und seewassergeschützte Ausführungen

— Lohn- und Reparaturleistungen

— Montagen.

Für diese Erzeugnisse bzw. Leistungen sind zum Zwecke der Bestätigung von Industriepreisen für neue Erzeugnisse bzw. Leistungen Nachkalkulationen vergleichbarer Erzeugnisse bzw. Leistungen beim Preisorgan nur dann einzureichen, wenn diese ausdrücklich verlangt werden. Dies gilt nicht für Spezialbetriebe, wobei die wirtschaftsleitenden Organe Ausnahmeregelungen treffen können. Bestimmungen über die Aufstellung von Nachkalkulationen in sonstigen preisrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.

(4) Für nachstehende Erzeugnisse sind der Nachweis und die Einreichung von Nachkalkulationen nur für Typenvertreter, sofern eine Vergleichbarkeit in der Konstruktion gegeben ist, erforderlich:

— Spritzen und Kanülen

— ärztliche Instrumente der Human- und Veterinärmedizin